



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 20/20 • 02.07.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union

80

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

am 01. Juli hat Deutschland nun offiziell die Ratspräsidentschaft übernommen. Am Abend des 30. Juni 2020 wurde mittels eines Telefongesprächs zwischen Kroatiens Ministerpräsident Andrej Plenković und Bundeskanzlerin Angela Merkel der Staffelstab für die startende deutsche Präsidentschaft übergeben.

Damit leitet sich die nächste Trioratspräsidentschaft mit Portugal und Slowenien ein. Die drei Mitgliedstaaten hatten bereits 2007/2008 die erste Trioratspräsidentschaft der Geschichte gebildet. Die deutsche Ratspräsidentschaft dauert bis zum Jahresende und ist inhaltlich in der Ausrichtung der Themen stark von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und ihren Folgen geprägt. Auch die Durchführung der Sitzungen ist hierdurch beeinflusst. Zumindest in den ersten beiden Monaten der Deutschen Ratspräsidentschaft sind keine physischen Treffen des Rates geplant. Allerdings ist avisiert, dass die Kanzlerin in der kommenden Woche eine Reise nach Brüssel unternehmen wird, um mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments während der anstehenden Plenartagung zu diskutieren.

Das Programm der Deutschen Ratspräsidentschaft mit dem Titel „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ ist [hier](#) einsehbar.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Deutschland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft	
• Von der Leyen: Wir brauchen eine starke deutsche EU-Ratspräsidentschaft	
• Kommissarin Helena Dalli will Gleichbehandlungsstellen stärken	
• Kommission begrüßt Bestätigung der vorläufigen Vereinbarung zur Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes in der EU	
• Corona-Krisenreaktion: EIB und Kommission sagen weitere 4,9 Mrd. EUR zu	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Jobs und Weiterbildungen: EU-Aufbauplan soll „Generation Lockdown“ helfen	
• Plattform für einen gerechtem Übergang startet	
• Agrar- und Fischereirat: Videokonferenz zur Zukunft der Landwirtschaft und der Fischerei	
• Politische Einigung im Trilog zur Digitalisierung des Zugangs zur Justiz – Vorteile für die EU-Bürger	
• Die meisten EU-Mitgliedstaaten sind nicht auf Kurs, um Luftverschmutzung und deren gesundheitliche Auswirkungen bis 2030 zu verringern	
• Reaktion auf die COVID-19-Pandemie im Energiesektor der EU: Rat nimmt Schlussfolgerungen an	
<u>Was, wann, wo</u>	13
• Akkreditierung: Beraterinnen der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt mit nationalem Qualitätssiegel ausgezeichnet	
• Regionaler Kulturtourismus: EU startet Social-Media-Kampagne	
• Virtuelle Ausstellung des Kunstmuseum Moritzburg „Karl Lagerfeld – Fotografie“ im Rat der EU	
• Konsultation: Verbringung gefährlicher Abfälle in Entwicklungsländer	
<u>Ausschreibungen</u>	16
• Europa den Deutschen näherbringen: EU-Kommission schreibt neues EUROPE DIRECT-Informationsnetz aus	
• Fördermittel ausgeschrieben: Kinos als Drehscheibe kultureller Innovation	
• Ausbildungsplatz für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Steuern und Zölle der Europäischen Kommission	
• Ausbildungsplatz für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Gesundheit der Europäischen Kommission	
• Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Umwelt, internationale Beziehungen der Europäischen Kommission	
<u>Kontaktbörse</u>	19
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	22
• Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	24
<u>Impressum</u>	25



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Deutschland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Seit 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. In Berlin erstrahlte das Brandenburger Tor mit dem Schriftzug „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ und dem Möbiusband - Motto und Logo der nun beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft.



© www.parleu2020.de

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Regierungserklärung am 18. Juni über die kommenden sechs Monate: „Das ist eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue und auf die sich die ganze Bundesregierung sehr freut; denn Europa braucht uns, so wie wir Europa brauchen: nicht nur als historisches Erbe, das wir geschenkt bekommen haben, sondern als ein Projekt, das uns in die Zukunft führt.“

Deutschland kommt als Ratspräsidentschaft wieder verstärkt die Aufgabe zu, einen Teil zur Gestaltung Europas beizutragen. Dies betonte auch Bundesaußenminister Heiko Maas vergangene Woche: „Deutschland will als EU-Ratspräsidentschaft Motor und Moderator sein. Unsere Aufgabe wird es sein, Brücken zu bauen und Lösungen zu finden, die am Ende allen Menschen in Europa zugutekommen.“

Inhaltlich werden neben dem Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie wichtige Zukunftsthemen wie Klimaschutz, digitale Souveränität und Europas Rolle in der Welt die Schwerpunkte bilden. • *fs Quelle: PM EU2020*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Von der Leyen: Wir brauchen eine starke deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 29. Juni in Interviews mit dem Deutschlandfunk und dem Handelsblatt über ihre Prioritäten für die am 1. Juli begonnene deutsche EU-Ratspräsidentschaft gesprochen.



„Die Erwartungen sind hoch. Wir sind inmitten einer schweren Krise, ausgelöst durch das Virus, und wir brauchen eine starke Präsidentschaft“, sagte von der Leyen am Wochenende im Deutschlandfunk. „Es stehen gewaltige Themen an.“ Die angestrebte Einigung auf den Wiederaufbauplan Next Generation EU zählte sie dazu ebenso wie den Kampf gegen den Klimawandel und die Digitalisierung. „Das sind alles Themen, die wir nach vorne bringen wollen in den nächsten sechs Monaten und da ist es gut, eine sehr erfahrene Präsidentschaft zu haben“, sagte von der Leyen.



© Europäische Kommission

„Es ist ein großes Glück, dass Deutschland gerade jetzt in dieser tiefen Krise die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt“, sagte von der Leyen dem Handelsblatt (Montagsausgabe). Die Bundeskanzlerin verfüge über große europapolitische Erfahrung und genieße das Vertrauen aller Regierungschefs. „Das ist deutlich spürbar, wenn wir im Europäischen Rat zusammensitzen und das hilft enorm.“

Die Rolle Deutschlands sei nun, „hinter den Kulissen zu vermitteln, zu verhandeln, Schwung reinzubringen, Druck zu machen, mal auch Kontrahenten an einen Tisch zu bringen“, sagte von der Leyen im „Interview der Woche“ im Deutschlandfunk. „Und da ist es gut, wenn man eine sehr erfahrene Präsidentschaft hat, denn das ist viel Arbeit und deshalb sind eben die Erwartungen auch so hoch.“ • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Deutschlandfunk-Interview mit Präsidentin von der Leyen](#)

[Handelsblatt-Interview mit Präsidentin von der Leyen](#)

Kommissarin Helena Dalli will Gleichbehandlungsstellen stärken

Gleichstellungskommissarin Helena Dalli fordert eine bessere Ausstattung der nationalen Gleichbehandlungsstellen in der EU. Während der Konferenz „Gleichstellung 2020“ zum 20jährigen Jubiläum der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse sagte Dalli am 29. Juni : „In den letzten 20 Jahren haben Gleichstellungsstellen in der EU, die mit Rechtsinstrumenten ausgestattet sind, die Gleichstellung in ganz Europa vorangetrieben und positive Veränderungen auf gesellschaftlicher, institutioneller und individueller Ebene ausgelöst.“ Heute bestehe ihr Hauptziel darin, die Anwendung der Richtlinie zu stärken und „sicherzustellen, dass die Gleichbehandlungsstellen gut ausgestattet sind, um ihre Aufgaben unabhängig und effektiv zu erfüllen.“



Die Konferenz „Gleichstellung 2020“, die gemeinsam von der Europäischen Kommission, dem Rat, der kroatischen EU-Präsidentschaft und dem Europäischen Netzwerk der Gleichbehandlungsstellen „[EQUINET](#)“ veranstaltet wird, bringt Vertreter der Mitgliedstaaten, der Gleichbehandlungsstellen und der Zivilgesellschaft zusammen, um die Zukunft der Gleichstellung in Europa zu diskutieren.

Wie Präsident von der Leyen in ihrer [Rede](#) im Europäischen Parlament am 17. Juni betonte, ist es notwendig, über Rassismus zu sprechen - offen und ehrlich. In diesem Zusammenhang führte das Kollegium der Kommissare/innen in der vergangenen Woche eine Orientierungsdebatte gegen Rassismus und für mehr Vielfalt und Gleichheit in der Europäischen Union. Diesen Link in einer anderen Sprache aufrufen. Während der Debatte erörterte das Kollegium verschiedene mögliche Handlungsmöglichkeiten. Hierzu sollen im Herbst konkrete Aktionen angekündigt werden. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kommission begrüßt Bestätigung der vorläufigen Vereinbarung zur Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes in der EU

Der Rat hat am 30. Juni eine vorläufige Einigung über EU-weite Vorschriften zum Schutz der kollektiven Interessen der Verbraucher gebilligt, die unlängst mit dem Europäischen Parlament geschlossen wurde. Dies ist ein positiver und wichtiger Schritt zur Stärkung der Verbraucherrechte und zur Schaffung gleicher Ausgangsbedingungen für kollektive Rechtsbehelfe in der EU.

Nach der förmlichen Annahme durch das Europäische Parlament werden diese Rechtsvorschriften EU-weit kollektive Rechtsbehelfe zur Verfügung stellen, die ein breites Spektrum von Bereichen abdecken, von Finanzdienstleistungen bis hin zu Passagierrechten, von Telekommunikation bis Energie. Sie wird effiziente grenzüberschreitende kollektive Rechtsbehelfe zwischen den Mitgliedstaaten vorsehen. Es wird auch zahlreiche Schutzmaßnahmen geben, um einen Missbrauch des Verfahrens zu verhindern. Beispielsweise können nur qualifizierte Einrichtungen, wie von den EU-Mitgliedstaaten benannte Verbraucherorganisationen, eine Maßnahme einleiten. Qualifizierte Einrichtungen, die die Verbraucher vertreten, werden auch strenge Transparenzpflichten hinsichtlich der Herkunft ihrer Finanzmittel haben, einschließlich der Mittel, die für die Einleitung einer spezifischen Sammelklage verwendet werden. Derzeit verfügen nicht alle Mitgliedstaaten über einen kollektiven Rechtsschutzmechanismus, und die Verfahren können oft langwierig und kostspielig sein, vor allem, wenn die Opfer einzeln vor Gericht gehen. Die Behörden sind nicht immer in der Lage, schädliche Geschäftspraktiken in der EU wirksam zu bekämpfen.



Sobald die vereinbarten neuen Vorschriften in Kraft sind, wird ein besserer Schutz der Verbraucherrechte in der gesamten EU gewährleistet sein. • *fs Übersetzung Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Corona-Krisenreaktion: EIB und Kommission sagen weitere 4,9 Mrd. EUR zu

Mit dem am 27. Juni von der Kommission und Global Citizen im Rahmen der Kampagne Global Goal: Unite for our Future veranstalteten Spendengipfel konnten 6,15 Mrd. EUR an zusätzlichen Mitteln mobilisiert werden, um die Entwicklung und die allgemeine, gleichberechtigte Verfügbarkeit von Impfstoffen, Therapeutika und Diagnostika zur Bekämpfung des Coronavirus zu unterstützen. Mit den erbrachten Mitteln soll zudem die wirtschaftliche Erholung in den schwächsten Regionen und Gemeinschaften der Welt gefördert werden.



© Europäische Kommission

Der Betrag umfasst die gemeinsame Zusage der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Kommission von 4,9 Mrd. EUR sowie Mittel in Höhe von 485 Mio. EUR, die von den EU-Mitgliedstaaten gebunden wurden. Damit belaufen sich die Zusagen, die im Rahmen des am 4. Mai von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Rahmen der weltweiten Corona-Krisenreaktion angestoßenen Spendenmarathons eingegangen sind, auf insgesamt 15,9 Mrd. EUR.

Deutschland hat 383 Mio. € zur Unterstützung der COVID-19-Reaktion zugesagt. Davon sind 150 Mio. € für den Reaktionsmechanismus des Globalen Fonds und 233 Mio. € für Organisationen bestimmt, die Menschen in Entwicklungsländern bei der Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie unterstützen. Eine Liste der Einzahler finden Sie [hier](#).

40 Regierungen haben an dem Spendengipfel teilgenommen und sich verpflichtet, Coronavirus-Therapeutika universell zugänglich zu machen. Dabei haben sie sich auch für eine faire und gerechte Unterstützung für all jene Gemeinschaften ausgesprochen, die die Pandemie besonders hart getroffen hat. Ein bedeutendes Zeichen der weltweiten Solidarität ist die auf dem Gipfel eingegangene Verpflichtung, Produktionskapazitäten für mehr als 250 Millionen Impfstoffdosen für Länder mit mittlerem und schwachem Einkommen vorzusehen.

• *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Website zur weltweiten Corona-Krisenreaktion](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Jobs und Weiterbildungen: EU-Aufbauplan soll „Generation Lockdown“ helfen

Die Corona-Pandemie hat den Einstieg in den Arbeitsmarkt für junge Menschen erheblich erschwert. Viele Erwerbstätige auch höheren Alters werden sich in der Krise neue Kompetenzen aneignen müssen, um sich am Arbeitsmarkt zu behaupten. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten mit der am 1. Juli vorgestellten Initiative „Förderung der Jugendbeschäftigung: Eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation“ und mit einer neuen Kompetenzagenda. Die Initiative zur Jugendbeschäftigung soll die Chancen junger Menschen verbessern, ihre berufliche Zukunft im grünen und digitalen Umbruch zu gestalten. Die Kompetenzagenda setzt für die nächsten fünf Jahre ehrgeizige Ziele für Weiterbildung und Umschulung. Finanziert werden sollen die Investitionen aus Mitteln des EU-Aufbauplans [Next Generation EU](#).

Mit dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ und im Rahmen des künftigen EU-Haushalts hat die Kommission bereits umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten der EU für Jugendbeschäftigung vorgeschlagen. Nun ist es Aufgabe der Mitgliedstaaten, diesen Investitionen Vorrang einzuräumen. Für die Förderung der Beschäftigung junger Menschen sollen zusätzlich zu den Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene mindestens 22 Mrd. Euro investiert werden. • *fs Quelle: PM KOM*

8

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Plattform für einen gerechtem Übergang startet

Im Rahmen einer hochrangigen Web-Konferenz wurde am 29. Juni die neue [Plattform für einen gerechten Übergang](#) (JTP) der EU-Kommission gestartet. Vorgestellt wurde diese durch den für den europäischen Grünen Deal zuständigen Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans, die für Kohäsion und Reformen zuständige EU-Kommissarin Elisa Ferreira und durch die für Energie zuständige EU-Kommissarin Kadri Simson. Ihre Reden sind [hier](#) in englischer Sprache abrufbar.

Die Online-Plattform soll öffentlichen und privaten Interessenträgern in kohle- und anderen CO₂-intensiven Regionen technische Unterstützung und Beratung sowie leichten Zugang zu Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten und Angebote der technischen Hilfe bieten. Sie baut auf der politischen Dynamik und den Erfahrungen der bisherigen Plattform der Kohleregionen im Übergang, an der auch Sachsen-Anhalt aktiv partizipiert, auf. Über die Plattform soll gewährleistet werden, dass die im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang vorgeschlagenen 40 Mrd. EUR in die richtigen Projekte fließen und keine Region zurückgelassen wird. Weitere Aufgaben sind:



- technische Unterstützung und Beratung der Mitgliedstaaten und Regionen u.a. bei der Umsetzung der territorialen Pläne für einen gerechten Übergang und beim Aufbau von Projektpipelines im Rahmen des [Mechanismus für einen gerechten Übergang](#);
- eine webbasierte zentrale Anlaufstelle, über die unter anderem eine Kontaktaufnahme mit der EU-Kommission bei technischen und administrativen Fragen im Zusammenhang mit einem gerechten Übergang möglich ist;
- die Möglichkeit zum Austausch von Informationen, Erfahrungen und Wissen für stark von der Förderung fossiler Brennstoffe abhängige Regionen und CO₂-intensive Regionen mithilfe von speziellen Projekt- und Expertendatenbanken;
- ein Forum für den Dialog über den gerechten Übergang zwischen lokalen und nationalen Interessenträgern, Sozialpartnern, Behörden und EU-Institutionen.

Bis Ende 2020 soll auf der Plattform zudem eine Projekt- und Expertendatenbank zu finden sein. Die Vorstellung in der Web-Konferenz war Teil der Woche der Kohleregionen im Übergang, die noch bis 3. Juli mit virtuellen Events stattfindet, in denen Themen speziell für Kohle-, Torf- und Ölschieferregionen behandelt werden. • *dw Quelle: PM KOM*

Agrar- und Fischereirat: Videokonferenz zur Zukunft der Landwirtschaft und der Fischerei

In der letzten informellen Videokonferenz unter kroatischer Ratspräsidentschaft erörterten die 27 Agrarminister/innen am 29. Juni den Stand der Beratungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Zwar wurden beträchtliche Fortschritte bei der Einigung des Rates über eine gemeinsame Position erreicht - insbesondere im Bereich der Grünen Architektur und beim sogenannten „Neuen Umsetzungsmodell“ wird jedoch die Diskussion unter der sich anschließenden deutschen Ratspräsidentschaft weiter geführt werden müssen. Ziel der deutschen Präsidentschaft ab 1. Juli ist es, zu einer sogenannten „Allgemeinen Ausrichtung“ im Rat zu kommen, auf deren Basis die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission über die GAP-Reform geführt werden können. Schwerpunktthema der Ratssitzungen im Juni ist traditionell die Gemeinsame Fischereipolitik. Mit einer Mitteilung über Sachstand und Ausblick in der Fischerei im kommenden Jahr legt die Kommission die Grundlage für die Verhandlungen im zweiten Halbjahr zwischen den Mitgliedstaaten über Fangmengen und -quoten. Ein wesentliches Ziel der gemeinsamen Fischereipolitik ist es, alle Fischbestände nachhaltig zu bewirtschaften. Die Ministerinnen und Minister führten u. a. einen Gedankenaustausch zu den Aussichten in der Fischerei für 2021 anhand der aktuellen [Mitteilung](#) der Kommission. Ein weiteres Thema betraf den Schutz von Schweinswalen in der Ostsee sowie Delfinen und andere geschützte Arten vor Beifängen. • *ms Quelle: RAT*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Politische Einigung im Trilog zur Digitalisierung des Zugangs zur Justiz – Vorteile für die EU-Bürger

Am 30. Juni einigten sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Rates darauf, den Zugang zur Justiz für EU-Bürger und Unternehmen schneller, erschwinglicher und benutzerfreundlicher zu gestalten. Die neuen Regeln sollen die Rechtssicherheit erhöhen und dazu beitragen, Verzögerungszeiten und unangemessene Kosten für die Bürger zu verringern.

Die beiden zwischen den Institutionen verhandelten Gesetzgebungsvorschläge über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme und über die Zustellung von Schriftstücken haben zum Ziel, die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit zwischen nationalen Gerichten durch die Digitalisierung der Verfahren in Zivil- und Handelssachen effizienter zu gestalten.

Die Hauptelemente der Vereinbarung können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Gerichte können Dokumente elektronisch austauschen: Änderungen in beiden Vorschriften schaffen ein dezentrales IT-System, das einen schnelleren, sichereren und effektiveren Austausch von Dokumenten zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht.
- Unter bestimmten Voraussetzungen können Dokumente elektronisch (ggf. per E-Mail) bzw. direkt an einen im Ausland befindlichen Empfänger zugestellt werden, wenn sich dieser ausdrücklich einverstanden erklärt und die Adresse bekannt ist.
- Das dezentrale IT-System wird aus nationalen, interoperablen IT-Systemen bestehen, an denen EU-Institutionen nicht beteiligt sind. Die Kommission erhält den Auftrag, eine Referenz-Software zu entwickeln, auf die die Mitgliedstaaten Zugriff nehmen können.
- Datenschutz: Informationen werden streng vertraulich behandelt und personenbezogene Daten und die Privatsphäre werden geschützt, wenn Dokumente übertragen und Beweise erbracht werden. Personenbezogene Daten, die für einen bestimmten Fall als irrelevant erachtet werden, sind unverzüglich zu löschen.
- Verstärkte Nutzung der Fernkommunikation: Moderne Kommunikationstechnologien wie Videokonferenzen, mit denen Kosten gesenkt und Beweise schneller erhoben werden können, werden angemessen und mit Zustimmung der anzuhörenden Person eingesetzt.

Im Ergebnis sollen mithilfe einer größeren Rechtssicherheit, zusammen mit einfachen und digitalisierten Verfahren, Einzelpersonen und Unternehmen zu grenzüberschreitenden Transaktionen ermutigt und damit der Handel innerhalb der EU und gleichzeitig das Funktionieren des Binnenmarktes gefördert werden.



Das Parlament und der Rat müssen noch die endgültige Fassung der Vereinbarung billigen, bevor die Verordnungen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden können. Die beiden Bestimmungen werden 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten.

• *ml Quelle: PM JURI-Ausschuss*

Die meisten EU-Mitgliedstaaten sind nicht auf Kurs, um Luftverschmutzung und deren gesundheitliche Auswirkungen bis 2030 zu verringern

Die Bewertung der ersten Maßnahmenprogramme der Mitgliedstaaten zur Begrenzung der Emissionen in die Luft hat ergeben, dass die Umsetzung der [neuen europäischen Vorschriften für saubere Luft](#) verbessert werden muss. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Anstrengungen in allen Sektoren verstärken, damit ihre Bürger/innen saubere Luft atmen können und durch das Einatmen von schlechter Luft verursachte Atemwegserkrankungen und vorzeitige Todesfälle verhindert werden.

Aus dem am 26. Juni veröffentlichten ersten Bericht der Kommission zur Bewertung der Umsetzung der Richtlinie über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen geht hervor, dass die meisten Mitgliedstaaten Gefahr laufen, ihre Emissionsreduktionsverpflichtungen für 2020 bzw. 2030 nicht zu erfüllen. Während einige Mitgliedstaaten bewährte Verfahren vorzuweisen haben, die anderen als Vorbild dienen sollten, zeigt der Bericht, dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, um die Luftverschmutzung zu verringern. Die Kommission wird die diesbezüglich unternommenen nationalen Anstrengungen weiterhin überwachen und im Wege von finanziellen und nichtfinanziellen Instrumenten unterstützen. Insbesondere in der Landwirtschaft sind Anstrengungen erforderlich, um die Ammoniakemissionen zu verringern, was die verbreitetste und schwierigste Herausforderung bei der Umsetzung in der gesamten EU darstellt.

Die wirksame Umsetzung der Rechtsvorschriften zur Luftreinhaltung leistet einen wesentlichen Beitrag zu dem von der Kommission im europäischen Grünen Deal und den damit verbundenen Initiativen angekündigten „Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt“. Im Einklang mit dem Ansatz des europäischen Grünen Deals müssen auch Synergien mit der Klima- und der Energiepolitik verstärkt und weiter geprüft werden.

• *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Richtlinie \(EU\) 2016/2284 über die](#)



Reaktion auf die COVID-19-Pandemie im Energiesektor der EU: Rat nimmt Schlussfolgerungen an

Der Energierat hat am 25. Juni im schriftlichen Verfahren einstimmig „Schlussfolgerungen des Rates zur Reaktion auf die COVID19-Pandemie im Energiesektor der EU – der Weg zur Erholung“ ([Dok. 9133/20](#)) angenommen. Darin würdigt er zunächst die im Energiesektor Beschäftigten für ihre engagierten und wirksamen Bemühungen, den kontinuierlichen Betrieb des europäischen Energiesystems während der COVID-19-Pandemie zu gewährleisten. Er hebt außerdem die Rolle des Energiesektors bei der wirtschaftlichen Erholung der EU hervor und bekennt sich zur Rolle des Grünen Deals bei der Erholung der Volkswirtschaften. Die europäische Wirtschaft solle grüner, stärker kreislauforientiert und digitaler werden und gleichzeitig weltweit wettbewerbsfähig bleiben.

Dabei halte man es für erforderlich, staatliche Beihilfen für Umweltschutz und Energie zu straffen, um die Förderung der für die Energiewende erforderlichen Investitionen zu erleichtern. Der Rat stellt ferner fest, dass für künftige Investitionen in die Dekarbonisierung weitere Anreize geschaffen werden müssen, unter anderem durch eine Verbesserung des CO₂-Marktes der EU sowie die gleichzeitige Ausarbeitung eines CO₂-Grenzausgleichs-systems, bei der die WTO-Regeln einzuhalten sind.

Der Rat forderte die EU-Kommission auf, die Arbeit an Initiativen, die im Rahmen des europäischen Grünen Deals und seines Investitionsplans geplant seien – etwa der Renovierungswelle, der EU-Strategie zur Integration des Energiesystems, der Strategie für erneuerbare Offshore-Energie, der Überarbeitung der Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur („TEN-E-Verordnung“) und dem Finanzierungsmechanismus für erneuerbare Energien – in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten fortzusetzen. Ferner forderte der Rat von der EU-Kommission, die Vorlage eines Fahrplans für Wasserstoff mit Schwerpunkt auf Wasserstoff als erneuerbarem Energieträger. • *dw Quelle: Rat*



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Akkreditierung: Beraterinnen der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt mit nationalem Qualitätssiegel ausgezeichnet

„Herzlichen Glückwunsch: Sie sind hiermit akkreditierte Erasmus+ Beraterin Berufsbildung! Wir heißen Sie herzlich willkommen in der Erasmus+ Community!“, lautete die Nachricht, die Mitte Juni in die Postfächer der Beraterinnen der EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt Kathrin Hamel und Isabell Rohde flatterte.



© Europäische Kommission Erasmus+

Die Briefpost mit der offiziellen Urkunde der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) ließ nicht lange auf sich warten. Damit sind die Beraterinnen der EU Service-Agentur Teil eines nationalen Erasmus+ Berater/innen Netzwerkes, das für kostenlose, unabhängige und hochwertige Beratung steht und sich für mehr Auslandsaufenthalte und Internationalisierung in der Berufsbildung einsetzt.



Thomas Kühne, Abteilungsleiter der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, freut sich, die offizielle Urkunde der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) an Isabell Rohde und Kathrin Hamel zu übergeben.

Ausgezeichnet mit diesem Qualitätssiegel, steigen Isabell Rohde und Kathrin Hamel frisch motiviert in die Erasmus+ Beratung für den kürzlich veröffentlichten ersten Call der neuen Förderperiode ein. Diese erste Antragsfrist endet bereits am 29. Oktober 2020. Übrigens: Die Erasmus+ Beraterinnen sind in den Bereichen Schul- und Erwachsenenbildung ebenso zu Hause wie im Berufsbildungsbereich.

Das Team der EU Service-Agentur steht Kommunen, Schulen, Vereinen und anderen öffentlichen Antragstellern noch bis Ende des Jahres für die Antragsberatung zur Verfügung.

• *Gastartikel*



Regionaler Kulturtourismus: EU startet Social-Media-Kampagne

Die Europäische Kommission hat „Europas Kultur - ganz in Ihrer Nähe“ gestartet, eine Social-Media-Kampagne, die nachhaltigen Kulturtourismus fördern soll. Die Kampagne will die Neuentdeckung der vielfältigen kulturellen Schätze Europas unterstützen. Sie weist auf kulturelle Angebote hin, die von der EU und ihren Partnern unterstützt werden. Dies können Gewinner der Europäischen Preise für das Kulturerbe, traditionelle und online-Ausstellungen, geschützte Naturstätten, atemberaubende Architektur, Musikfestivals usw. sein.

• *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

Weitere Informationen: Die Kampagne [„Europas Kultur – ganz in Ihrer Nähe“](#)

Virtuelle Ausstellung des Kunstmuseum Moritzburg „Karl Lagerfeld – Fotografie“ im Rat der EU

Traditionell findet während jeder Ratspräsidentschaft eine Kunstausstellung in der Sprachenbibliothek des Rates statt. Das Kunstmuseum Moritzburg in Halle hatte sich bereit erklärt, während der Deutschen Ratspräsidentschaft ausgewählte Fotografien der Sonderausstellung „Karl Lagerfeld – Fotografie“, die vom 08.03.2020 – 06.01.2021 im Kunstmuseum Moritzburg in Halle läuft, in der Sprachenbibliothek auszustellen. Hierzu war eine Vernissage geplant.



Installation zur Sonderausstellung „Karl Lagerfeld. Fotografie. Die Retrospektive“ im Innenhof des Kunstmuseums Moritzburg Halle (Saale), Foto: Marcus-Andreas Mohr © Karl Lagerfeld

Leider konnten sich diese Pläne aufgrund der Coronapandemie nicht verwirklichen, da es durch Homeoffice in vielen Bereichen beinahe kein Publikum gegeben hätte. Nun wurde beschlossen, die geplante Ausstellung im Intranet des Rates ab Anfang Juli 2020 online zu zeigen. Dieser Beitrag wird mit einem Link zu der Ausstellung im Kunstmuseum Moritzburg verbunden.

Über diesen [Link](#) können auch Sie einen Einblick gewinnen und einen völlig neuen Aspekt des "Modezaren" Karl Lagerfeld entdecken! Natürlich freut sich das Museum auch über einen Besuch vor Ort. • *ah*



Konsultation: Verbringung gefährlicher Abfälle in Entwicklungsländer

Am 24. Juni hat die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung des sogenannten „Basler Abkommens“ veröffentlicht. Bis zum 22. Juli 2020 kann zu dem Entwurf Stellung genommen werden. Hintergrund: Die EU ist Unterzeichnerin des Basler Übereinkommens, das darauf abzielt, die Verbringung gefährlicher Abfälle aus entwickelten Ländern in weniger entwickelte Länder zu unterbinden. Im Jahr 2019 einigten sich die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten darauf, Kunststoffabfälle in den Geltungsbereich des Übereinkommens aufzunehmen. Mit der delegierten Verordnung soll deshalb die Ausfuhr gefährlicher und schwer wiederverwertbarer Kunststoffabfälle aus der EU in Nicht-OECD-Länder verboten, die Kontrollen solcher Ausfuhren in OECD-Länder eingeführt sowie klargestellt werden, dass die Verbringung nicht gefährlicher Abfälle innerhalb der EU von neuen Kontrollen ausgenommen ist. • *ms*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europa den Deutschen näherbringen: EU-Kommission schreibt neues EUROPE DIRECT-Informationsnetz aus

Die Europäische Kommission hat am 30. Juni die [Ausschreibung](#) der nächsten Generation von EUROPE DIRECT-Informationszentren in Deutschland für den Zeitraum vom 1. Mai 2021 bis zum 31. Dezember 2025 veröffentlicht. Lokale und regionale Gebietskörperschaften und Organisationen haben bis zum 15. Oktober 2020 Zeit, ihre Bewerbung, um einen jährlichen Zuschuss von 38.000 Euro einzureichen. „Ich bin froh, dass wir auch in Zukunft diese wichtige Verbindung zwischen der EU und unseren Bürgerinnen und Bürgern haben werden, und ich hoffe, dass sich möglichst viele Einrichtungen aus allen Teilen Deutschlands bewerben. Nur so können wir die Menschen wirklich flächendeckend erreichen“, sagte Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland.

Ziel von EUROPE DIRECT ist es, Europa den Menschen auf lokaler und regionaler Ebene zugänglich zu machen und sie in die Diskussionen über die EU, ihre Politik, ihre Prioritäten und ihre Zukunft einzubinden.

EUROPE DIRECT wird die Bürger/innen über die EU informieren und Veranstaltungen wie lokale Bürgerdialoge organisieren, gute Beziehungen zu lokalen Partnern und Medien aufbauen und den EU-Institutionen dabei helfen, die Anliegen und Meinungen der Menschen besser zu verstehen.

Die EUROPE DIRECT-Informationszentren gibt es seit 2005 und zurzeit [informieren in Deutschland 48 Zentren](#) die Bevölkerung über die Europäische Union. • *fs Quelle: KOM*

Fördermittel ausgeschrieben: Kinos als Drehscheibe kultureller Innovation

Die Europäische Kommission hat einen neuen Aufruf zu Kinos als Angelpunkte kultureller Innovation in Gemeinden veröffentlicht. Mit insgesamt 1,5 Mio. Euro sollen insbesondere Gebiete gefördert werden, in denen es nur eine begrenzte Kino- und Kulturinfrastruktur gibt. Erklärtes Ziel ist das Überdenken des Kinoerlebnisses nach der COVID-Krise durch innovative kulturelle Veranstaltungsorte und die Zusammenarbeit zwischen Kinos und Video-on-Demand-Plattformen. Vorschläge können bis zum 7. August 2020 eingereicht werden. • *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

Weitere Informationen: Aufruf [„Kinos als Drehscheibe kultureller Innovation“](#)



Ausbildungsplatz für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Steuern und Zölle der Europäischen Kommission

Die Direktion TAXUD/A (Europäische Zollpolitik) bietet qualifizierten Referendar/innen regelmäßig die Möglichkeit, eine Wahl- bzw. Verwaltungsstation abzuleisten. Die Direktion besteht aus 5 Referaten, die sich mit der Zollpolitik, der Gesetzgebung, der ökonomischen Analyse, den Tarifen und dem Schutz der Verbraucher beschäftigen. Vertreten sind Juristen, Ökonomen, Zollbeamte, Politologen und Statistiker aus ganz Europa und bereiten neue Gesetzgebungsvorschläge vor, verhandeln die Vorschläge mit Rat und Parlament bzw. mit dem zuständigen „Regulatory Committee“, überwachen die Umsetzung der Gesetzgebung, diskutieren mit den zuständigen Behörden über die korrekte Implementierung und bereiten ggf. Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten vor.

Darüber hinaus will die Direktion die Mitgliedstaaten bei der Beschaffung moderner Ausrüstung unterstützen. Oftmals sind die Tätigkeitsgebiete politisch oder werfen komplexe Fragen auf (z.B. Brexit, Verhältnis zu China). Bei Interesse schicken Sie bitte Ihren Lebenslauf sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses an Herrn Dr. Dominik Schnichels (dominik.schnichels@ec.europa.eu)

Vorausgesetzt werden gute Kenntnisse im Europarecht, ein überdurchschnittliches Examen und die sichere Beherrschung der englischen Sprache. Teamfähigkeit und Sinn für Humor sind von Vorteil. • *fs Quelle: AA*

17

Ausbildungsplatz für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Gesundheit der Europäischen Kommission

Das Referat SANTE B4 (Substanzen menschlichen Ursprungs und Arzneimittel) in der Generaldirektion Sante der Europäischen Kommission bietet qualifizierten ReferendarInnen regelmäßig die Möglichkeit, eine Wahl- bzw. Verwaltungsstation abzuleisten. Das Referat (d.h. Juristen, Mediziner, Ökonomen, Politologen und Statistiker aus ganz Europa) bereitet neue Gesetzgebungsvorschläge vor, verhandelt die Vorschläge mit Rat und Parlament bzw. mit dem zuständigen „Regulatory Committee“, überwacht die Umsetzung der Gesetzgebung, diskutiert mit den zuständigen Behörden über die korrekte Implementierung und bereitet ggf. Vertragsverletzungsverfahren gegen säumige Mitgliedstaaten vor. Auch hier sind die Tätigkeitsgebiete auch politisch oder werfen komplexe ethische, medizinische und/oder ökonomische Fragen auf. Bei Interesse schicken Sie bitte Ihren Lebenslauf sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses in englischer Sprache an Herrn Stefaan van der Spiegel (Stefaan.VAN-DER-SPIEGEL@ec.europa.eu).

Vorausgesetzt werden gute Kenntnisse im Europarecht, ein überdurchschnittliches Examen und die sichere Beherrschung der englischen Sprache. • *fs Quelle: AA*



Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Generaldirektion Umwelt, internationale Beziehungen der Europäischen Kommission

Die Abteilung "Globale Nachhaltige Entwicklung" (v.a. multilaterale Umweltabkommen und bilaterale/regionale Beziehungen zu Drittländern) in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission bietet qualifizierten deutschen Referendar/in die Möglichkeit, eine Ausbildungsstation in der Europäischen Kommission abzuleisten.

Die Tätigkeit verlangt gute Kenntnisse des EU- und des Umweltrechts sowie Interesse an internationalen Fragen. Grundkenntnisse des Rechts der EU-Außenbeziehungen und der internationalen Organisationen sind von Vorteil, ebenso wie nachgewiesenes aktives Engagement außerhalb des Studiums für den Umweltschutz. Die sichere Beherrschung der englischen neben der deutschen Sprache wird vorausgesetzt; französische Sprachkenntnisse sind vorteilhaft, Teamfähigkeit und Flexibilität notwendig.

Bewerbungen sollten sich vorzugsweise auf den Zeitraum April 2021 bis März 2022 einschließlich beziehen.

Bei Interesse schicken Sie bitte bis zum 31. Juli 2020 Ihren tabellarischen Lebenslauf, ein Motivationsschreiben sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses an Dorte.PARDO-LOPEZ@ec.europa.eu

Bitte geben Sie in Ihrem Motivationsschreiben an ob Sie während Ihrer Station von einem in Deutschland ausgebildeten Volljuristen betreut werden müssen. • *fs Quelle: AA*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
<p>Forschungsgesuch</p> <p>Horizon 2020</p> <p>Italien</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Unternehmen zur Demonstration hocheffizienter Fermentationstechnologie gesucht</p> <p>Ein italienisches Biotech- und Engineering-Unternehmen, das sich auf Fermentationssysteme und Scale-up für die biotechnologische Produktion spezialisiert hat, hat einen neuen Fermentationsbioreaktor und eine Technologie entwickelt, die die Herstellung einer großen Anzahl von biotechnologischen Produkten ermöglicht. Zur Durchführung der Prototyp-Demonstration und zur Vervollständigung und Qualifizierung der Technologie sucht das Unternehmen Produzenten und/oder Anwender von Fermentationsanlagen/-prozessen, die im Lebensmittel-, Futtermittel- und Pharmasektor arbeiten und an einer Forschungszusammenarbeit im Rahmen eines FTI-Projekts interessiert sind.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDIT20200611001</p>



Forschungsgesuch Horizon 2020 Kroatien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Koordinator für ein Projekt zum Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz gesucht Ein kroatisches Unternehmen und ein kroatisches Energieinstitut, die sich mit der Ausarbeitung von Projektvorschlägen für nachhaltige Energie befassen, suchen einen Koordinator für die Einreichung eines Projektvorschlags im Rahmen von Horizon 2020. Die Partner haben Erfahrung in der strategischen Planung und Umsetzung neuer Energiesparlösungen für Endnutzer und suchen einen Partner (Universitäten und KMUs) mit Erfahrung in der Entwicklung von Energiestrategien, Expertendokumenten oder der Umsetzung von Pilotaktivitäten. Der gesuchte Partner sollte Erfahrung in der Koordinierung von EU-Projekten haben. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDHR20200617001
Forschungsgesuch Eurostars Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Spanisches KMU sucht Partner für die Durchführung präklinischer Zulassungsstudien für die Entwicklung neuartiger Antitumorale auf Basis der Nanomedizin Ein spanisches KMU hat in Zusammenarbeit mit einer lokalen Universität ein fortschrittliches System zur Verabreichung von Medikamenten entwickelt, das es ermöglicht, die therapeutische Wirksamkeit von Chemotherapeutika gegen nicht-kleinzelligen Lungenkrebs (NSCLC) zu erhöhen. Das Ziel dieses Eurostars-Antrags ist es, ein vollständig charakterisiertes antitumorales Produkt zu erhalten, das für die klinische Erprobung bereit ist. Es wird ein Partner für die Durchführung der



		<p>präklinischen Zulassungsstudien gesucht. Der Partner muss Erfahrung mit in vivo-Tumormodellen von zwei Arten von Säugetieren (Nager und Nichtnager) haben.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: RDES20200626001</p>
<p>Technologiesuch</p> <p>Niederlande</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Akteure aus der Obst-/Gemüseindustrie zur Validierung eines innovativen Geräts gesucht</p> <p>Ein niederländisches Unternehmen entwickelt ein tragbares Massenspektrometer, mit dem Lebensmittelunternehmen, Behörden und Regulierungsbehörden Produkte wie Obst und Gemüse unabhängig von Ort und Zeit in Echtzeit auf Haltbarkeit und Schadstoffe (wie Pestizide, Antibiotika, Krankheitserreger) untersuchen können. Das niederländische KMU ist auf der Suche nach belgischen und deutschen Partnern zur Validierung ihrer Geräte. Die vorgeschlagene Art der Zusammenarbeit ist eine technische Vereinbarung.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier.</p> <p>Referenznummer: TRNL20200527001</p>

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle

Jede Woche finden Sie an dieser Stelle ein Quiz zu aktuellen europäischen Themen. Erproben Sie ihr Europa-Wissen und erfahren Sie mehr! Verantwortlich für die wöchentlich neuen spannenden und teils kuriosen Fragen sind GOEUROPE! sowie das EDIC Halle:



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt (www.goeurope-lsa.de).

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Sachsen-Anhalt/Halle (EDIC Halle) ist Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt bei Fragen zur EU und organisiert darüber hinaus verschiedene thematische Veranstaltungen (www.europedirect-halle.de).



Und nun viel Spaß beim Lösen der Quizfragen dieser Woche!

Am 01. Juli 2020 übernahm Deutschland nach 13 Jahren turnusmäßig den Vorsitz im Rat der Europäischen Union und wird somit in den kommenden sechs Monaten alle Ratstreffen sowie vorbereitenden Gremien wie Ausschüsse und Arbeitsgruppen leiten.

22

1. Unter welchem Motto steht die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020?

- A) „Ein starkes Europa in einer Welt voller Herausforderungen.“
- B) „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“
- C) „Vereint für ein stärkeres Europa.“

2. Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beginnt gleichzeitig auch die nächste Trio-Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Gemeinsam mit Portugal und Slowenien wird Deutschland wie schon 2007/2008 den Dreivorsitz für die nächsten eineinhalb Jahre übernehmen. Das wievielte Trio bilden diese drei Länder?

- A) das zehnte Trio
- B) das 18. Trio
- C) das 33. Trio

3. Am 29.05.2020 präsentierte die Bundesregierung Motto, Logo und Webauftritt für die kommende Präsidentschaft. Was symbolisiert das Logo der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020?

- A) Einheit und Gemeinschaft
- B) Verbundenheit und Solidarität
- C) Stärke und Zusammenhalt



Lösung:

1. B) „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ – so lautet das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020. Unter diesem Motto hat die Bundesregierung folgende Schwerpunkte für die nächsten sechs Monate festgelegt: im Vordergrund stehen die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie sowie der Wiederaufbau der Wirtschaft. Des Weiteren liegt der Fokus auf den Verhandlungen über zukünftige Beziehungen zu Großbritannien und Themen wie dem Klimaschutz, der Digitalisierung und der Rolle Europas in der Welt. Zudem soll ein mehrjähriger Finanzrahmen festgelegt werden.

2. A) Gemeinsam mit Portugal und Slowenien bildete Deutschland von 2007 bis Mitte 2008 die erste achtzehnmonatige Trio-Präsidentschaft und nun, gut 13 Jahre später, das insgesamt zehnte Trio. Schwerpunkt der Präsidentschaft werden die Bewältigung der Covid-19-Pandemie sowie der zügige wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau Europas sein. Dabei sollen Maßnahmen für den Klimaschutz und den digitalen Wandel im Vordergrund stehen. Europa soll stärker, gerechter und nachhaltiger aus der Corona-Pandemie hervorgehen. Zudem ist es Ziel des Trios, die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber künftigen pandemischen Situationen zu stärken.

3. B) Im Zentrum des Logos der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 steht ein sogenanntes Möbiusband, ein geometrisches Objekt in Form einer Schlaufe, das in sich gedreht nur eine Kante und eine Fläche hat. Auch wenn es augenscheinlich anders wirkt, kann man nicht zwischen außen und innen bzw. oben und unten unterscheiden. Dieses Band steht im Logo für ein integratives und innovatives Europa, in dem unterschiedlichste Menschen und Interessen zu einem gemeinsamen Ganzen zusammenfinden – zu einem Europa der Verbundenheit und Solidarität.



23

Weitere Informationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft finden Sie unter www.eu2020.de

Bei Fragen können Sie das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle jederzeit unter info@europedirect-halle.de erreichen - wir helfen Ihnen gern weiter.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	E-Mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.
Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlich-
keitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt
herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch
von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch
ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden
Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen
verstanden werden könnte.

